

Stimme der Handelsvertretung große Summen unterschlagen zu haben, die sie mit ihren eigenen Bedarf verbrauchten. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Leiter der Importabteilung und der Schiffsbauabteilung, Bugnewitsch und Naglowitsch, ihrer Beamten erhoben worden sind und von der russischen Regierung zur Rückkehr nach Moskau aufgefordert wurden. Sie sollen sich dort wegen Unrechtmäßigkeiten in den Abstellungen der Handelsvertretungen, die unter ihrer Leitung standen, verantworten. Sie haben sich jedoch geweigert, dem Ruf Folge zu leisten, da sie furchten, kurzerhand erschossen zu werden.

Krawalle bei einer kommunistischen Kundgebung

Um Sitzung Busch in Berlin veranstalteten gestern vormittag die Kommunisten den sogenannten "Tag der roten Fahne". Als einer der Teilnehmer, der die Uniform der Roten Frontkämpfer trug, zwangsgestellt werden sollte, stießen seine Genossen über die Polizeibeamten her, und es kam zu einem wilden Zusammenstoß in dessen Verlauf die Beamten von ihren Gummihüppeln Gebrauch machen mußten. Der Rote Frontkämpfer wurde festgenommen und abgeführt. Nach dem Schluß der Kundgebung im Sitzung Busch kam es auf dem Bahnhof des Bahnhofs Börse zu einer wilden Schlägerei zwischen Kommunisten und einem Trupp Nationalsozialisten, die gerade aus einem Zug ausgetreten waren. Beim Herannahen der Polizei sprangen die Kommunisten in einen gerade abfahrenden Stadtbahnzug und entflohen auf diese Weise. Der 60 Mann starke Trupp der Nationalsozialisten wurde angehalten und der Abstieg IA zugeschlagen.

140 Zwangsgestellungen bei einer kommunistischen Kundgebung

Die kommunistische Jugendverbände Deutschlands und die R. P. D. hatten für gestern nachmittag zu einer Kundgebung auf dem Karlsplatz in Krefeld eingeladen. Die Teilnehmer, etwa 200 Personen, waren zum größten Teil von auswärts in Postwagen erschienen. Die Demonstranten formierten sich um 3 Uhr nachmittags zu einem geschlossenen Bogen. Da sie sich während des Marsches durch Rufe als Anhänger des verbotenen Rottfrontkämpferbundes zu erkennen gaben, erfolgte die Auflösung der Kundgebung durch die Polizei. Es wurden etwa 140 Personen zwangsgestellt, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder entlassen.

Mussolini funktioniert nicht richtig

Im Mai d. J. hat sich in München ein politischer Verteidigungsprozeß abgespielt. Adolf Hitler, der nationalsozialistische Führer, hatte Klage gegen seinen früheren politischen Bundesgenossen von Graef erhoben, weil ihn dieser beschuldigt hatte, für die nationalsozialistische Partei kasse ausländisches Geld angenommen zu haben. Dieser Prozeß, in dem Hitler obsteigte, hat ihm später, insbesondere auf dem Nürnberg-Vortag, häufiger Unrat gegeben, sein Verhältnis zu Mussolini näher zu beleuchten, besonders, weil hinter den Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, der Verdacht stand, daß seine bekannte Stellungnahme in der Südtiroler Frage durch Geld erlaufen worden sei. Auf dem Nürnberg-Vortag hat Hitler dem italienischen Diktator große Lobgedichte gesungen und gegen die Agitation Stellung genommen, als ob die Südtiroler Deutschen von der italienischen Diktatur immerfort drangsaliert würden. Er meinte damals, daß jeder Deutsche, der sich in Italien wohl befindet, sich so ungehindert und frei bewegen könne und ebenso geachtet würde, wie jeder Italiener. Es will schon etwas heißen, wenn Adolf Hitler sich in der Südtiroler Frage auf den Standpunkt Mussolinis stellt, und als ein Mann, dem der deutsche Nationalismus oberstes politisches Prinzip ist, gegen eine Meldung ankämpft, die in Deutschland und in Österreich und darüber hinaus ziemlich Gemeingut aller Bevölkerungsklassen ist, nämlich gegen die Meinung, daß Mussolini in seiner Faschisterei gegenüber dem annexierten deutschen Südtirol engerziger ist, als von dem allgemeinen europäischen Kulturbewußtsein als erträglich hingenommen wird.

Über Mussolini ist nun einmal für die ganze Hitlerbewegung, ja auch für den engeren Kreis um Hugenbeck und die Stahlhelmorganisation ein politisches Ideal. Der Mussolinismus hat dem sogenannten nationalen Block in Deutschland einen starken moralischen Rückhalt gegeben, er ist ihm Vorbild und Anreiz. In den politischen Erfolgen Mussolinis steht der deutsche Nationalismus, besonders soweit er den Parlamentarismus ablehnt, den vermeintlichen Gewissensdurst, daß er nicht reaktionär, sondern modern und fortschrittlich ist. Der Mussolinismus soll ja die neue Staatsform herausgearbeitet haben, die an die Stelle der hilflosen parlamentarischen Demokratie treten soll. Der Mussolini und seiner Politik gemessen, war alles, was die verantwortlichen Staatsmänner in Deutschland nach dem Kriege geleistet haben, sowohl moralisch minderwertig, antinational und politisch-reaktionär. Der Hugenbeckblock hat nicht die Genugtuung genossen, in seinem Aufstreben und in seinen Bestrebungen von dem deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg unterstützt zu werden. Er hätte eine solche Unterstützung gewiß gern gesehen. Aber unbedingt angenehmer wäre es ihm noch gewesen, wenn sich die Idealfigur Mussolini für seine politische Agitation beauftragt ausgesprochen hätte. Aber auch dieser Zuspruch ist ihm versagt geblieben. Im vorigen Monat hat sich bereits die unter dem Protektorat Mussolinis erscheinende italienische Monatsschrift „Gerrach“ über das Hugenbeck-Büro lustig gemacht. Das Organ konnte nicht richtig verstehen, daß es in Deutschland Männer geben würde und ernst genommen sein wollen, die sich der Hoffnung hingeben, sich aus den Reparationsverpflichtungen befreien zu können. Auch bemängelt die „Gerrach“ das Fehlen einer wirklich vorwärts weisenden nationalen Idee in der Hugenbeckbewegung. Die Monatsschrift bemerkte damals: „Der sogenannte deutsche Faschismus arbeitet also im leeren Raum. Er hat weder eine gute Organisation noch hat er Führer. Und wenn er morgen in die Lage käme, eine Bewegung anzuführen, so würde er aus Armut an Ideen — die Rückkehr Wilhelm II. fordern.“

Schlummer noch als dieser Spott ist aber ein indirekter Rüffel, den die Hugenbeck-Hitler-Aktion durch das Urteil bekommen hat, das Mussolini persönlich unmittelbar nach Stresemanns Tod über den verstorbenen deutschen Außenminister in der argentinischen Zeitung „La Prensa“ ausgesprochen hat. Die Charakteristik, die der italienische Diktator da über Stresemann abgibt, ist ungemein schmeichelhaft und besagt genau das Gegenteil von dem, was die kleinen Mussolinis in Deutschland, die Hugenbeck, Hitler und Seelde bisher an Meinungen über Stresemann bei ihrem Anhänger verbreitet haben. Es heißt in dieser Würdigung Mussolinis u. a.: „Stresemanns politische Gegner haben behauptet und behaupten auch noch, daß das von Stresemann erreichte nicht der Wahle wert sei. Über es scheint mir klar, daß hier die Weisheit der Diskussion nicht ein objektives und maßvolles Urteil spricht.“

Stresemanns Name wird unwillkürlich mit der intensivsten und fruchtbarsten Periode des deutschen Wiederaufbaus verbunden bleiben.“

In der Tat, Mussolini funktioniert nicht richtig. Die kleinen Mussolinis in Deutschland werden durch den großen Mussolini in Italien in einer blamablen Weise widerlegt. Wir sind gespannt, ob der kleine Mussolini in die Blätter Hugenbecks, Hitlers und Seeldes, die sonst über all das, was die großen Vorwürfe tun, mit großer Genauigkeit und einem unausprechlichen Eifer Bericht erstatten, eingang finden wird. Wir glauben es nicht recht, denn was sollte dann aus dem Buchabsatzparaphraphen des Volksbegehrens werden, wenn man sich so vor der eigenen Bevölkerung ansieht des autoritären Urteils Mussolinis lächerlich macht.

Das jetzige und frühere Volksbegehren

Nach genauer Überprüfung der bis Sonnabendnachmittag vorliegenden amtlichen Tabellen der Eintragungen für das Volksbegehren „Freiheitsgefege“ liegt nun mehr folgendes vorläufiges Ergebnis vor:

Nr.	Name	Stimmkreis	Stimmberechtigte zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928	Schriftliche Eintragungen zum Volksbegehren „Freiheitsgefege“ (vorläufiges Ergebnis)	Dagegen Zahl der gültigen Eintragungen zum Volksbegehren		
					Überhaupt	v. d. P. ¹⁾	
1	Ostpreußen		1 341 042	830 738	24,86	14 741	1,1
2	Berlin		1 540 882	96 655	6,21	248 484	16,1
3	Potsdam II		1 286 009	130 479	10,15	107 100	8,3
4	Potsdam I		1 270 449	190 070	14,96	84 344	6,6
5	Frankfurt a. d. O.		1 056 202	198 733	18,82	11 337	1,1
6	Pommern		1 172 255	388 206	33,12	11 549	1,0
7	Breslau		1 233 250	164 239	13,32	16 630	1,4
8	Liegnitz		789 850	103 860	13,15	7 463	0,9
9	Oppeln		822 711	62 217	7,56	7 937	1,0
10	Magdeburg		1 095 723	181 310	16,55	14 329	1,3
11	Merseburg		937 003	175 079	18,67	58 700	6,3
12	Thüringen		1 473 488	240 169	16,20	50 568	3,4
13	Schleswig-Holstein		1 041 380	140 248	13,47	17 363	1,7
14	Weser-Ems		956 939	111 983	11,70	12 496	1,3
15	Osthanover		679 485	134 868	19,85	7 295	1,1
16	Südbayern-Braunschweig		1 302 321	143 309	11,00	11 749	0,9
17	Westfalen-Nord		1 554 601	67 738	3,71	26 093	1,7
18	Westfalen-Süd		1 601 821	50 944	3,18	38 861	2,4
19	Hessen-Nassau		1 644 365	69 724	5,46	29 589	1,8
20	Köln-Wachen		1 436 372	18 929	1,32	30 255	2,1
21	Koblenz-Trier		776 332	9 687	1,25	4 052	0,6
22	Düsseldorf Ost		1 462 113	29 296	2,00	81 487	5,6
23	Düsseldorf West		1 121 280	35 462	8,16	23 417	2,1
24	Überbayern-Schwaben	(10 Gemeinden fehlen)	1 608 905	68 897	4,28	9 290	0,6
25	Niederbayern (Teil)		590 842	15 534	2,63	2 887	0,4
26	Franken		1 620 203	217 008	13,39	10 519	0,7
27	Palz		590 188	16 689	2,83	8 588	1,1
28	Dresden-Bautzen		1 299 108	122 819	9,45	41 003	3,2
29	Leipzig		917 989	82 402	8,98	55 245	6,0
30	Chemnitz-Zwickau		1 247 715	198 613	15,91	64 935	5,2
31	Württemberg		1 717 104	110 551	6,44	27 365	1,6
32	Baden		1 495 624	62 325	2,16	24 033	1,6
33	Hessen-Darmstadt		913 361	27 735	3,04	12 890	1,4
34	Hamburg		887 319	35 630	4,02	41 888	4,7
35	Mecklenburg		588 448	122 779	20,86	4 208	0,7
Zusammen			41 073 459	4 133 812	10,06	1 216 988	2,9
						12 523 939	31,8

¹⁾ v. d. P. der Zahl der Stimmberechtigten zur Reichstagswahl 1928 (Sp. 3).

²⁾ v. d. P. der Zahl der Stimmberechtigten zur Reichspräsidentenwahl 2. Wahlperiode (am 26. April 1925).

Ein flüchtiger Betrüger verhaftet

Der nach dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherung-A.-G. geflüchtete Direktor der Südwestdeutschen Bank Sauerbrey ist jetzt in Prag verhaftet worden. Ein aus Frankfurt entlasster Kriminalkommissar hatte festgestellt, daß sich Sauerbrey unter dem Namen Siegfried Seeger bei einem Prager Verkäufer versteckt hielt und veranlaßte die Verhaftung durch die Prager Behörden. Sauerbrey wird u. a. beschuldigt, den Betrag von 680 000 RM unter schlagen zu haben.

Zu der Verhaftung des nach Prag geflüchteten Direktors der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsanstalt Siegfried Sauerbrey melden die Blätter, daß der Defraudant seit 14 Tagen Gast des größten deutschen Prager Restaurants, des „Deutschen Hauses“ war. Er nannte sich Siegfried Heinrich, indem er seinen zweiten Vornamen als Familiennamen verwendete. Er benutzte den Vater seines Schwagers Seeger, den er dadurch verändert hatte, daß er anstelle des Bildes des Vaters seines Schwagers sein eigenes Bild einklebte. Die Verhaftung wurde durch den Frankfurter Kriminalkommissar Roener, dem ein Detektiv der Prager Polizeidirektion beigegeben war, durchgeführt. Da Sauerbrey der tschechischen Sprache unkundig ist, wurde die geringe Zahl der Prager deutschen Kaufleute beobachtet. Um Freitag abend elf Uhr erkannte Inspektor Roener in einem an einem Tisch des „Deutschen Hauses“ allein sitzenden Gast den gesuchten Defraudanten. Der deutsche und der tschechische Detektiv ersuchten um die Erlaubnis, an dem Tisch Platz einzunehmen zu dürfen, plauderten längere Zeit mit dem einsamen Gast und beschlossen dann, gemeinsam ein Nachtlager aufzusuchen. Sie benutzten ein Auto, das vor dem Restaurant stand, und erst, als sich der Wagen in Bewegung setzte, teilte der Frankfurter Polizeikommissar dem Defraudanten mit, daß er verhaftet sei. Man nahm ihm die Brusttasche ab, in der sich ein tausend RM und 600 tschechische Kronen befanden. Der Verhaftete gab an, daß er sich bereits einen ganzen Monat in der Tschechoslowakei aufhalte, daß er stets ein verschwenderisches Leben führe und die veruntreuten Gelder schon verbraucht hatte, ehe die Ver-

untreuungen bekannt wurden. Was Frankfurt nahm er auf die Reise im ganzen dreitausend RM mit.

Eine Reichszentralstelle der Beamten-Banken

In Berlin tagte am Sonnabend ein außerordentlicher Verbandstag des Deutschen Beamten-Genossenschafts-Verbandes. Er befahl sich zunächst mit den Begräbnissen bei der Bank für Deutsche Beamte Berlin. Die — vergleichbar gebliebenen Bemühungen der Deutschen Beamten-Zentral-Bank A.-G. um Erhaltung dieser Bank, die weiter dem Deutschen Beamten-Genossenschafts-Verband noch dem Deutschen Beamten-Wirtschafts-Bund angehört, wurden anerkannt. Den betreffenden Beamtenfunden soll nach Möglichkeit geholfen werden. Zur engeren Zusammenfassung der gekommenen Beamten-Geldwirtschaft im Reich wird vom Verbandstage die bereits seit längerer Zeit vorbereitete Bildung einer Reichszentralstelle der Beamten-Banken auf gesellschaftlicher Grundlage als Garantie- und Giroverband aller dem Deutschen Beamten-Genossenschafts-Verband angehörenden Beamtenbanken durch Verschmelzung der bestehenden Zentralstellen einstimmig beschlossen.

Der Deutsche Genossenschaftsverband zum Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte

Zu dem Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte e. G. m. b. H. geben dem DBB-Händelsbericht vom Deutschen Genossenschaftsverband Mitteilungen zu, in denen es u. a. heißt: „Die Bank für deutsche Beamte ist im Laufe des Jahres 1926 Mitglied des Revisionverbandes gewerblicher Genossenschaften zu Berlin geworden. Bei einer bereits im März 1927 vorgenommenen außerordentlichen Revision der Bank durch den Deutschen Genossenschaftsverband angeschlossenen Revisionen ergaben sich schwere Verfehlungen. In einer eingehenden Besprechung mit Vorstand und Aufsichtsrat wurde die Beendigung gefestigt, doch die bisherigen leitenden Direktoren der Bank, die beiden Brüder Weber, und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Rothschmidt, sofort ihres Postens entbunden wurden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates wies diese Fortberufung brüsk und höhnisch zurück. Um dem jetzt unvermeidlichen Auschluß aus dem Revisionverband zu entgehen, trat die Bank aus dem Revisionverband aus und schloß sich dem Reichsverband der Landesgenossenschaften an, der die Bank ohne Rückfrage beim Deutschen Genossenschaftsverband aufnahm. Der Revisionverband des Deutschen Genossenschaftsverbandes hatte damit alle gesetzlichen Möglichkeiten eines Einschreitens erschöpft. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates trug ebenfalls für die großen Verluste der Bank die Hauptverantwortung.“